Professor Dr. Christoph Deutschmann

Ende und Wiederkehr des Keynesianismus

Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik

I.

Im Jahr 1936 irritierte John Maynard Keynes die akademische Nationalökonomie mit der erstaunlichen These, dass es im Kapitalismus auch andere als “freiwillige Arbeitslosigkeit” geben könne. Die neoklassische Annahme, dass Arbeitslosigkeit auf die hartnäckige Weigerung der Arbeiter zurückgehe, einen der Produktivität der Wirtschaft entsprechenden Reallohn zu akzeptieren, sei, wie Keynes in seinem berühmten Buch “The General Theory of Employment, Interest and Money” (1973, S. 9) erklärte, nicht sehr überzeugend. Was in den Jahren vor der Publikation geschehen war, ist aus den Geschichtsbüchern bekannt: Das Volkseinkommen in den USA war zwischen 1929 und 1933 um 58 Prozent gesunken, in Deutschland um 40, in Großbritannien um 15 Prozent; 20-40 Prozent der Erwerbsbevölkerung der Industrieländer waren ohne Arbeit. Die Krise war durch die prozyklische Finanzpolitik der Regierungen, die diese unter dem Einfluss ihrer nationalökonomischen Berater verfolgten, beträchtlich verschärft worden. In Großbritannien konnte Labour-Premierminister Mc Donald sich mit seiner Sparpolitik nicht gegen sein Kabinett, seine Partei und die Gewerkschaften durchsetzen und musste zurücktreten. Er bildete mit den Konservativen und den Liberalen eine neue Regierung und wurde aus der Labour-Partei ausgeschlossen. In Deutschland wurden die Beamtengehälter und Sozialleistungen durch Notverordnungen wiederholt gekürzt. Wegen des Tarifvertragssystems sanken die Löhne nicht schnell genug; es wurde daher 1932 durch ein Dekret Papens abgeschafft. Wenn schließlich eine Regierung nach der anderen das Dogma des Haushaltsausgleichs dennoch über Bord warf und der grassierenden Deflationsspirale durch ein massives “deficit spending” entgegenzuarbeiten versuchte, geschah das nicht aufgrund wissenschaftlicher Einsicht, sondern war dem gesunden Menschenverstand der politischen Akteure zu verdanken. Erst Jahre später sollte mit der Keynes’schen

Theorie die Kunde auch in das Bewusstsein der akademischen Nationalökonomie dringen, dass weitere Lohnsenkungen und Kürzungen der Sozialleistungen vielleicht doch nicht das angemessene Mittel zur Bewältigung der Krise seien.

Auch wenn die aktuellen, immer neuen ökonomischen und fiskalischen Hiobsbotschaften Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise wachrufen mögen: die heutige Krise ist mit der Katastrophe von 1929-33 nicht vergleichbar. Die Regierungen haben die keynesianische Lektion gut im Gedächtnis behalten und bekämpfen die drohende Rezession mit massiver Defizitfinanzierung. Die japanische Regierung tut dies schon seit gut zehn Jahren. Die amerikanische, die deutsche und eine Reihe anderer europäischen Regierungen planen gegenwärtig eine massive Ausweitung der Verschuldung ihrer Haushalte. Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis der so genannte “Stabilitätspakt” der Euro-Länder aus diesem Grund auch offiziell widerrufen werden muss. Der Keynesianismus ist nicht tot, sondern quicklebendig, gerade auch in Deutschland. Seltsamerweise geht dies jedoch, wiederum besonders in Deutschland, mit heftigen öffentlichen Polemiken gegen den Keynesianismus einher, die durchaus an die politischen Auseinandersetzungen während der Weltwirtschaftskrise erinnern. Die rot-grüne Regierung hält unverdrossen an ihrem offensichtlich unrealistischen Ziel fest, die Steuern weiter zu senken und die geplante Steuerreform sogar vorzuziehen, gleichzeitig aber auch die Neuverschuldung in überschaubarer Zeit auf Null zu reduzieren. Für eine breite Koalition von Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten scheint es nichts Verwerflicheres zu geben als defizitfinanzierte Staatsausgaben. Der Topos von dem “über seine Verhältnisse lebenden” Staat und die Forderung nach energischen Ausgabenkürzungen sind inzwischen über nahezu alle politischen Lager hinweg verbreitet, während die öffentlichen Schulden immer weiter wachsen. Rhetorik und Praxis der Finanzpolitik klaffen weit auseinander.

Auch Keynes’ Konzept unfreiwilliger Arbeitslosigkeit im Kapitalismus ist nicht länger salonfähig und unter heftige Kritik geraten - nicht mehr nur auf “neoliberaler”, sondern inzwischen auch auf sozialdemokratischer und grüner Seite. Die Bedeutung der Reformen der Hartz-Kommission und der “Agenda 2010” liegt ja nicht in ihrem (offensichtlich marginalen) fiskalischen Effekt, sondern in ihrem symbolischen: Ganz

im Sinne der von Keynes verworfenen liberalen Theorie wird die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit an die Arbeitslosen selbst zurückverwiesen. Niemand anderes als sie selbst seien schuld mit ihren überhöhten Ansprüchen an Entgelt und Zumutbarkeit. Mitten in einer Ökonomie von überwältigender technischer Produktivität soll der am Arbeitsmarkt nicht erfolgreiche Teil der Bevölkerung wieder froh sein, vielleicht als Dienstboten oder Schuhputzer sein Brot zu verdienen. Politiker, Journalisten und C4-Professoren überbieten sich gegenseitig in ihren Forderungen nach Kürzungen der Sozialhaushalte. Was immer man streicht, es ist absehbar, dass es nicht ausreichen wird und neue Opfer gebracht werden müssen. Die Zeit des Denkens und Redens sei vorbei, jetzt müsse gehandelt werden. Nur ein auf Dauer gestellter “Reformprozess”, der die Arbeitskosten immer weiter heruntertreibt, könne der Wirtschaft wieder Zuversicht einflößen und neues Wachstum stimulieren. Unter der Ägide der ökonomischen Experten hat sich wie nach 1929, diesmal aber noch erheblich verstärkt durch die Resonanz der Massenmedien, ein öffentlicher Diskurs entwickelt, der in seiner zirkulären Zwanghaftigkeit fatal an primitive Regenzauber-Rituale erinnert: Woran liegt es, dass der Regen nicht kommt? Es kann nur daran liegen, dass die Götter zornig sind. Um die Götter zu besänftigen, muss eine Ziege geopfert werden. Was aber, wenn der Regen trotzdem nicht fällt? Es kann nur daran liegen, dass eben nicht genug geopfert worden ist, folglich müssen nicht nur eine, sondern zehn Ziegen geopfert werden. Und dann?

II.

Der eingeschlagene Weg sei “alternativlos”, wird behauptet. Welcher Weg, der faktisch verfolgte keynesianische oder der politisch in Szene gesetzte anti-keynesianische? Wäre es nicht besser, sich erst einmal zu erinnern, worin die Keynes’sche Diagnose eigentlich bestand? Keynes wollte ja keineswegs, wie ihm heute oft grob irreführend unterstellt wird, bloß einer Haushaltspolitik des geringsten Widerstandes das Wort reden. Er sah den Staat vielmehr in der Rolle eines Nothelfers in einem Dilemma, das durch die kapitalistische Entwicklung selbst

hervorgerufen wird - in dem Dilemma der sinkenden profitablen Investitionsgelegenheiten, das gerade *als Folge* des zunehmenden gesellschaftlichen Reichtums entsteht.

Mit dem Wachstum des Volkseinkommens, so argumentierte Keynes, sinkt der Anteil der Konsumausgaben und wächst der gesparte Teil des Einkommens. Soll ein Rückgang der effektiven Nachfrage verhindert werden, müssen diese Ersparnisse investiert werden. Da aber alle Investitionen letztlich durch nichts anderes motiviert sind als durch künftigen Konsum, wird es immer schwieriger, profitable Investitionsgelegenheiten zu finden und ihre potentiellen Erträge zu kalkulieren. Die Profitrate ("marginal efficiency of capital" in Keynes' Terminologie) sinkt und tendiert schließlich gegen Null. In einer Gesellschaft, die im Überfluss lebt und spielend alles Lebensnotwendige erzeugen kann, verliert Kapital seinen Knappheitswert. Eine Netto-Akkumulation von Kapital findet nicht mehr statt und ist auch nicht mehr erforderlich. Produktionsmittel werden zwar weiterhin gebraucht, aber es kann im Regelfall nicht mehr damit gerechnet werden, dass sie mehr erwirtschaften als ihre Wiederbeschaffungskosten. Damit aber entfällt auch, wie Keynes betonte, die ökonomische Rechtfertigung für eine stark ungleiche Verteilung der Einkommen.

Das Problem besteht nach Keynes darin, dass die Vermögensbesitzer sich mit dieser Sachlage nicht abfinden und die Konsequenzen einer abnehmenden Knappheit des Kapitals nicht akzeptieren wollen. Sie glauben, ein Naturrecht auf Rendite zu haben und entziehen ihre Ersparnisse dem Markt, sobald die erwartete Verzinsung unter ein bestimmtes, von ihnen für akzeptabel gehaltenes Niveau fällt. Geldvermögen wird dann nicht mehr investiert, sondern in liquider Form vorgehalten. Es wird gehortet oder in kurzfristigen Anlagen geparkt. Die Eigentümer möchten den Kuchen essen, aber ihn trotzdem behalten. Einzeln können sie das durchaus, kollektiv aber nicht. Entscheiden sich zu viele für Liquidität, so führt das zu einem Rückgang der effektiven Nachfrage und einem kumulativen wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess, der irgendwann in ein neues "Gleichgewicht" bei hoher Arbeitslosigkeit mündet.

Nicht das hartnäckige Bestehen der Arbeiter auf zu hohen Löhnen und Sozialleistungen ist die Ursache der Krise, sondern die hartnäckige Weigerung der Kapitalbesitzer, die ökonomischen Folgen einer objektiv abnehmenden Knappheit des Kapitals zu akzeptieren. So entsteht die Notwendigkeit, die überschüssigen Ersparnisse abzuschöpfen und wieder in den ökonomischen Kreislauf zurückzulenken. Da aber die Vermögensbesitzer dies selbst nicht tun, kann nur der Staat diese Aufgabe übernehmen. Er kann, wie Keynes vorschlug, die Einkommen progressiv besteuern. Falls dieses Mittel nicht ausreicht, bleibt nur die Möglichkeit, die fehlenden Privatinvestitionen durch defizitfinanzierte Staatsausgaben auszugleichen und die effektive Nachfrage mit fiskalpolitischen Mitteln zu stabilisieren. Keynes sah voraus, dam “a somewhat comprehensive socialization of investment will prove the only means of securing the approximation to full employment” (Keynes 1973, S. 378). Er strebte aber keine radikale Enteignung der Vermögensbesitzer an, sondern plädierte für eine behutsame Politik der “euthanasia of the rentier” (S. 376), die die realen Zinsen und Profite innerhalb weniger Generationen auf Null reduzieren würde. Sollte das Problem einer zunehmenden Zinsbelastung der Staatshaushalte vorübergehend dennoch auftreten, müsse, wie der keynesianische Ökonom Alvin Hansen in den dreißiger Jahren ergänzend vorschlug, die Zentralbank notfalls gesetzlich verpflichtet werden, dem Staat zinslose Kredite einzuräumen. Mit anderen Worten: Wenn die Geldvermögensbesitzer selbst nicht akzeptieren wollen, dass Kapital nicht länger knapp ist, bleibt dem Staat nichts anderes übrig, als diesem Sachverhalt an ihnen vorbei gesellschaftlich Geltung zu verschaffen. Das bedeutet nichts anderes als die schrittweise Verwandlung des Geldes in ein öffentliches Gut, über dessen Produktion und Verteilung nicht länger allein nach privaten, sondern zunehmend nach politischen Gesichtspunkten entschieden wird.

Man kann Keynes aus heutiger Sicht vieles vorhalten. Wahrscheinlich hat er das Dilemma der Sicherung einer ausreichenden effektiven Nachfrage im Kapitalismus noch nicht einmal in seinem ganzen Ausmaß erkannt. In einem dynamischen System, in dem die Unternehmen Profite erzielen wollen, indem sie (in Wertgrößen) mehr verkaufen, als sie selbst gekauft haben, reicht es nicht aus, nur die Ersparnisse aus früheren Perioden zu investieren. Es muss vielmehr, wie schon G.

Kroll (1958) gezeigt hatte, eine zusätzliche, durch Kreditschöpfung finanzierte Nachfrage hinzukommen. Weil die Privatwirtschaft durch zusätzlichen Kredit finanzierte Investitionen nur tätigen wird, wenn die erwartete Profitrate den Zinssatz deutlich übersteigt, könnte der Staat noch stärker gefordert sein als von Keynes angenommen. Der ansteigende Trend der öffentlichen Schulden in der Nachkriegszeit ist vielleicht auch so zu erklären.

Möglicherweise hat Keynes das Problem in anderer Hinsicht aber auch überschätzt, denn Investitionen sind an den zukünftigen Konsum nicht so eng gekoppelt, wie er offenbar annahm. Der kapitalistische Unternehmer befriedigt, wie Schumpeter zeigte, nicht nur vorhandene oder später zu erwartende Konsumbedürfnisse, sondern betreibt kreative Zerstörung. Die großen kapitalistischen Innovationsschübe im 19. und 20. Jahrhundert, von der Eisenbahn, der Elektrizität, dem Automobil bis hin zum Computer konzentrierten sich auf den Investitionsgütersektor und haben dort eine Eigendynamik entfaltet, die sich aus ihren Funktionen für den individuellen Konsum nicht zureichend erklären lässt. Aber Keynes hatte Recht darin, dass unternehmerische Innovation und wirtschaftliches Wachstum keine in der Natur des Menschen begründete, sondern gesellschaftlich höchst voraussetzungsvolle Prozesse sind. Sie stellen sich nicht automatisch ein, wenn nur die Kosten niedrig und die Rahmenbedingungen unternehmerfreundlich sind. Die Voraussetzungen sind materieller, kultureller, institutioneller und politischer Art; in manchen Gesellschaften sind sie mehr, in anderen weniger gegeben. In Schwellenländern mit einer wachsenden, jugendlichen, zugleich armen und auf sozialen Aufstieg hoffenden Bevölkerung kann ein dynamischer Kapitalismus über längere Perioden hinweg funktionieren. Unendlich kann die Akkumulation um der Akkumulation willen jedoch gewiss nicht fortgehen. In reifen Industriegesellschaften mit einem hohen durchschnittlichen Wohlfahrtsniveau und einer stagnierenden oder alternden Bevölkerung sinkt die Bereitschaft der Menschen, ihr gegenwärtiges Leben für die weitere Erhöhung ihres Lebensstandards in der Zukunft zu opfern. Darüber hinaus wächst aus verschiedenen Gründen die Skepsis gegenüber neuen großen technologischen Zukunftsprojekten, für die immer mehr Kapital bei immer geringeren Renditeaussichten investiert werden müsste. Wenn in einer solchen Situation die

anlagesuchenden Finanzvermögen weiter wachsen, ist in der Tat mit dem Auftauchen der von Keynes beschriebenen Probleme zu rechnen.

III.

Der gravierendste Irrtum von Keynes war zweifellos ein politischer. Er hatte den Widerstand, den die Geldvermögensbesitzer ihrer Entmachtung entgegensetzen würden, völlig falsch eingeschätzt. Die Rentiers ließen sich nicht einschläfern, im Gegenteil: Aufgeschreckt durch die Stagflationskrisen der siebziger Jahre, machten sie gegen den keynesianischen Wohlfahrtsstaat Front und bündelten ihre Macht in weltweit operierenden Pensions- und Investmentfonds. Es gelang ihnen, ihren Einfluss auf die internationale Finanz- und Währungspolitik beträchtlich zu verstärken und ein hegemoniales Regime zu errichten, von dem Keynes sich nichts hätte träumen lassen. Das System von Bretton Woods, das ohnehin schon einen Kompromiss gegenüber den Vorstellungen von Keynes darstellte, wurde mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Jahr 1973 abgeschafft; die nationalen Kapital- und Devisenmärkte wurden dereguliert. Die zunehmende internationale Mobilität des Kapitals eröffnete den Investoren ein Dorado von Spekulations- und Anlagemöglichkeiten rund um den Globus.

Das setzte die nationalen Geld- und Fiskalpolitiken unter Druck. Unter der Drohung unfreundlicher Reaktionen der großen institutionellen Investoren ließen die Nationalstaaten sich in einen Steuer- und Ausgabensenkungswettlauf hineintreiben. Die Zinsen stiegen, und die in den siebziger Jahren noch recht hohen Inflationsraten gingen erheblich zurück. Die öffentlichen Haushalte gerieten in eine doppelte Bedrängnis: Auf der einen Seite gingen die Einnahmen aus Unternehmens- und Vermögenssteuern zurück, nicht nur wegen der Steuersenkungen, sondern auch weil die Internationalisierung der Finanzmärkte die Findigkeit der Eigentümer bei der Erschließung neuer Möglichkeiten der Steuerhinterziehung stimulierte.[1] Auf der anderen Seite nahm die Zinsbelastung zu. Die Manövrierfähigkeit der öffentlichen

[1] Der Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Dieter Ondracek, schätzt den Gesamtumfang der hinterzogenen Unternehmens- und Kapitalsteuern in Deutschland auf 70 Mrd. Euro jährlich. Würden diese Steuern alle ordnungsgemäß bezahlt, wären die öffentlichen Haushalte aller Finanzsorgen ledig.

Haushalte ließ sich nur noch durch drastische Einschnitte und Sparmaßnahmen sicherstellen. Das Regime der Finanzinvestoren griff indes auch auf die Unternehmensebene durch. Die Öffnung der nationalen Kapitalmärkte erweiterte den internationalen Markt für Unternehmenskontrolle. Unter der Parole des "Shareholder Value" setzten die Anteilseigner Restrukturierungsprozesse, Fusionen und feindliche Übernahmen durch und versuchten so, ihre Interessen auch gegenüber dem Unternehmensmanagement stärker zur Geltung zu bringen.

Der gewachsene Einfluss der Vermögenseigentümer machte sich nicht nur in der staatlichen Geld- und Finanzpolitik, den Unternehmen, sondern in der ganzen Gesellschaft geltend. Zwar sind die Besitzer der großen Vermögen noch immer eine sehr kleine und exklusive gesellschaftliche Gruppe. In Deutschland verfügten die reichsten 10 Prozent aller Haushalte im Jahr 1998 über 42,3 Prozent, die ärmeren 50 Prozent der Haushalte dagegen über noch nicht einmal 5 Prozent des um Schulden bereinigten Finanz- und Immobilienvermögens (BMAS 2001, Tabelle I.13, S. 56). Die Konzentration des Vermögensbesitzes hat sich als Folge des Börsenabsturzes in den Jahren nach 2000 eher noch verstärkt. Aber durch die Verbreitung der Aktie als Anlageform und durch die zunehmende Umstellung der Rentenversicherung auf das Kapitaldeckungsprinzip wurden auch breite Kreise der Mittelschichten in die Rentierinteressen eingebunden. Die öffentlichen Medien trugen das ihre dazu bei, das Weltbild des Kapitalanlegers zu popularisieren.

Von sozialwissenschaftlichen Beobachtern wurden diese Entwicklungen häufig als "Ende des Keynesianismus" interpretiert. Heute wird jedoch sichtbar, dass gerade sie der Krisendiagnose von Keynes eine ungeahnte Aktualität verleihen. Denn die gestiegene internationale Macht der Finanzinvestoren hatte eine zunehmende Ungleichheit der Einkommen in fast allen Ländern und eine beschleunigte Akkumulation finanzieller Vermögen zur Folge. In Deutschland wuchsen die privaten Finanzvermögen in den vergangenen dreißig Jahren etwa doppelt so rasch wie das Volkseinkommen. Sie belaufen sich heute auf einen Betrag von etwa 3,7 Billionen Euro - etwa das Doppelte des jährlichen Bruttosozialprodukts. Im Jahr 2001 gab es weltweit 7,1 Millionen Dollar-Vermögensmillionäre, so genannte "high net worth individuals", deren Gesamtvermögen sich auf 29,35 Billionen (29.350 Milliarden)

Dollar belief. Trotz der Kursverluste an den internationalen Börsen haben sowohl die Zahl der wohlhabenden Anleger als auch der Umfang ihres Vermögens weiter zugenommen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.6.2002).

Alle diese Vermögen verlangen nach Rendite. Aber die Rendite wächst nicht aus dem Kapital wie der Zweig aus dem Baum. Um die Ansprüche der Eigentümer zu befriedigen, müssen profitable Investitionsmöglichkeiten gefunden werden, diese aber sind rar. In den neunziger Jahren glaubte man noch, im Internet und der "Informationsgesellschaft" eine neue technologische Großvision ausmachen zu können. Man hoffte auf die Stimulierung eines stetigen Aufschwungs, der die riesigen Vermögen absorbieren würde. Aber die Vision entpuppte sich zum großen Teil als Fälschung. Die Milliardeninvestitionen flossen vielfach gar nicht in reale Projekte, sondern pumpten nur eine Spekulationsblase auf, die schließlich platzte. Die Magnetschwebebahn oder der Cargolifter bieten ebenfalls keine viel versprechenden Perspektiven. Auch an den Bio- und Nanotechnologie-Fronten hat man inzwischen erkannt, wie weit der Weg zu vermarktungsfähigen Produkten noch ist, und so ist auch hier Ernüchterung eingekehrt. Neue technologische Großvisionen sind, so verzweifelt nach ihnen gesucht wird, weit und breit nicht in Sicht.

Weil die Unternehmer selbst nicht mehr weiter wissen, müssen *alle* sich auf die Suche nach neuen Geschäftsideen machen. Normale Arbeitnehmer, die oft nicht wissen, ob sie ihre Miete morgen noch bezahlen können, sollen als "Arbeitskraftunternehmer" und Scheinselbständige ihrem Arbeitgeber den Gewinn möglichst frei Haus mitliefern. Gewinn kann nur durch die Erfindung und Durchsetzung neuer Kombinationen - neuer Produkte, Dienstleistungen, Technologien, Organisationskonzepte - erzielt werden. Aber in einer mit innovativen Angeboten schon überfluteten Wohlstandsgesellschaft ist es schwer, dafür Aufmerksamkeit zu finden. Mehr und mehr Drückerkolonnen werden mit immer geringeren Resultaten in die längst übersättigten Märkte geschickt. Der Kampf um Marktanteile muss mit immer härteren Bandagen geführt werden und nimmt teilweise groteske Formen an.

Den Finanzinvestoren bleiben diese Probleme nicht verborgen. Unermüdlich fordern sie die politischen und ökonomischen Akteure auf, ihre Anstrengungen zu verstärken: Weitere “Strukturreformen” durchzusetzen, die Kosten zu senken, die Leistungen zu steigern. Im übrigen halten sie sich wohlweislich zurück, legen sich nicht fest und optieren für möglichst kurzfristige und liquide Anlageformen. Aber: “There is no such thing as liquidity of investment for the community as a whole” (Keynes 1973, S. 155). Wenn Ersparnisse nicht investiert werden, macht sich das alsbald in Form sinkender Nachfrage und sinkender Einkommen bemerkbar. Die Akteure nehmen dies freilich nicht direkt wahr, sondern nur im Spiegelbild der in Relation zu den Erlösen steigenden Kosten. In der irrigen Annahme, sich diese Kosten nicht mehr “leisten” zu können, versuchen sie, zu kürzen und zu sparen. Die Kürzung der Sozialleistungen zwingt auch die Versicherten, noch mehr zu sparen, und so wird das Dilemma der überschüssigen Ersparnisse nur weiter verschärft. Die wirkliche Ursache der Probleme - die unrealistisch gewordenen Renditeansprüche der Finanzinvestoren - wird tabuisiert oder bleibt gänzlich unerkannt. Es ist wie bei einem Schiff, das wegen Ebbe auf Grund gerät, dessen Insassen aber in der irrigen Annahme, die zu schwere Ladung sei schuld, allen ihren Besitz über Bord werfen.

IV.

Die Schlussfolgerung lautet, dass Keynes’ Krisendiagnose gerade wegen seiner Fehleinschätzung der politischen Machtverhältnisse heute hochaktuell ist. Das gleiche gilt auch für die von ihm empfohlene wirtschaftspolitische Strategie. Glücklicherweise klaffen Worte und Taten der Regierungen - sozialdemokratischer wie konservativer - heute, anders als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, weit auseinander. In Worten halten sie an ihrem Credo für “solide” Staatsfinanzen und für den Abbau der Staatsverschuldung fest. In ihren Taten veranstalten sie mit der einen Hand unermüdlich Streich- und Sparprogramme und geben das Geld mit der anderen Hand wieder aus. Sie sind Keynesianer geblieben und können - auch dies ist eine bleibende Lehre aus der Weltwirtschaftkrise - als Demokraten auch kaum anders handeln. Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise macht es den Politikern und Finanzministern freilich immer schwerer, dieses Doppelspiel durchzuhalten. Eine intelligente sozialwissenschaftliche Diagnose sollte ihnen dabei helfen und

ihnen das Leben nicht durch reflexhaftes Einstimmen in die neoliberalen Regenzauber-Rituale noch schwerer machen, wie es heute nicht mehr nur Wirtschaftswissenschaftler, Berater und Journalisten, sondern auch immer mehr Intellektuelle tun.

Dass die staatliche Neuverschuldung fast überall in Europa entgegen den Schwüren der Politiker weiter steigen wird, dass der Stabilitätspakt der Euro-Länder faktisch oder vielleicht sogar offiziell aufgekündigt werden muss, dass die Zinssätze vielleicht wie in Japan auf Null oder nahe Null gesenkt werden müssen, dass vielleicht das Mittel einer maßvollen Inflation eingesetzt werden muss, um den öffentlichen Haushalten Luft zu verschaffen - all dies sind nicht nur denkbare, sondern höchst wahrscheinliche Entwicklungen. Statt in die bekannten wohlfeilen Politikerbeschimpfungen einzustimmen, sollten sozialwissenschaftliche Analysen sich im Geist Keynes' darum bemühen, die Gründe ihrer Unausweichlichkeit offen zu legen. Sie liegen in den elementaren Selbstgefährdungen und unerfüllbaren Ansprüchen, die das durch die Vermögensinteressen beherrschte Wirtschaftssystem aus sich selbst heraus erzeugt. Die sich verschärfenden Auseinandersetzungen auf dem Feld der staatlichen Finanzpolitik sind nicht bloß auf parteitaktische Spiele oder mangelnde Managementfähigkeiten der Politiker zurückzuführen, sondern auf gesellschaftliche Widersprüche, die sich auf der politischen Bühne nur spiegeln. Es handelt sich um den inneren Konflikt einer Gesellschaft, die als kapitalistische Gesellschaft den Renditeansprüchen der Eigentümer verpflichtet ist und deshalb wirtschaftlich wachsen muss, die aber die dafür notwendige schöpferische Zerstörung nicht länger in dem geforderten Ausmaß leisten kann und will.

Die staatliche Finanzpolitik wird in diesen Kampf hineingezogen und muss ihn austragen, ob sie will oder nicht. Unter demokratischen Verhältnissen liegt es in der Natur der Sache, dass sie sich dabei nicht einfach nur auf die Seite der nach Zahl und Wählerstimmen ja nach wie vor recht kleinen Vermögensbesitzerklasse schlagen kann. Keine demokratisch gewählte Regierung wird die von den neoliberalen Beratern geforderten immer neuen Kürzungs- und Streichungsprogramme aushalten. Das Ausweichen in zusätzliche Verschuldung ist programmiert, und der Zwang zu kompensierender Defizitfinanzierung ist umso

größer, je mehr die Regierung – wie gegenwärtig in Deutschland – bei ihren Steuerreformen die Vermögenden begünstigt. Das ist kein Anlass für Klagelieder über die von kommenden Generationen zu tragenden Belastungen, sondern Ausdruck der voranschreitenden Transformation des Geldes in ein öffentliches Gut. Für demokratisch gewählte Regierungen ist es ein Gebot politischer Klugheit, diese schwierige Transformation mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl zu bewältigen und nicht, sich ihr entgegenzustellen.

Um die sich verschärfenden Konflikte zu lindern, hoffen alle Beteiligten inständig darauf, dass die unternehmerischen Instinkte wieder "anspringen" und die Wirtschaft wieder wachsen möge. Wirtschaftswachstum lässt sich aber nicht durch die Regierung anordnen und noch nicht einmal durch die Unternehmer selbst einfach "machen". Es stellt sich auch bei niedrigen Kosten, staatlicher Regulierungsabstinenz und institutionellen Garantien der Eigentumsordnung keineswegs automatisch ein, sondern ist Ausdruck der Gesamtverfassung der Gesellschaft. Neben den institutionellen ist eine Reihe von *materialen* gesellschaftlichen Bedingungen zu berücksichtigen, auf denen kapitalistisches Wachstum beruht. Ein dynamischer Kapitalismus kann dort florieren, wo eine junge, stark wachsende, zugleich aber arme Arbeitsbevölkerung nach Wohlstand und sozialem Aufstieg strebt und eine ungleiche, gleichzeitig aber nicht ständisch oder ethnisch zementierte Einkommensverteilung ihr dafür Anreize bietet. Neue technische Ideen und Projekte müssen nicht nur vorhanden sein, sondern auch die Unternehmer zu Investitionen in neue Kombinationen motivieren. Rentieren können sich diese Investitionen wiederum nur, wenn die neuen Kombinationen sich in der ganzen Gesellschaft verbreiten und auf positive Resonanz stoßen.

In alternden Wohlstandsgesellschaften, die das von Ludwig Erhard gegebene Versprechen auf "Wohlstand für alle" zwar nicht für alle, aber doch für den überwiegenden Teil der Gesellschaft realisiert haben, sind diese Voraussetzungen immer weniger gegeben. Vor allem in den westeuropäischen Ländern ist eine breite und relativ wohlhabende Mittelschicht entstanden. Viele der ihr Angehörenden haben es schon zu etwas gebracht; sie wollen und müssen nicht mehr mit der gleichen Energie sozial nach oben streben wie ihre Eltern, sondern sind im Grunde

zufrieden, wenn alles so bleibt, wie es ist. Der Anteil der älteren und wirtschaftlich inaktiven Bevölkerung nimmt zu. Auch wächst die Skepsis der politischen Öffentlichkeit gegenüber neuen technologischen Großprojekten mit zweifelhafter Rentabilität und problematischen ökologischen Auswirkungen. Die Verrechtlichung und Demokratisierung der politischen Institutionen tun ein übriges, um den Konsensbedarf und damit den Zeitaufwand für die Durchsetzung innovativer Projekte zu erhöhen, und das heißt im Zweifelsfall: sie zu blockieren. Hinzu kommt der für die Ausstattung konkurrenzfähiger Arbeitsplätze im Durchschnitt ständig steigende Kapitalaufwand, der die Unternehmer abschreckt und Neugründungen entmutigt.

Die wirtschaftlichen Wachstumsraten gehen daher nicht erst heute, sondern schon seit den siebziger Jahren tendenziell zurück – nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen entwickelten Industrieländern einschließlich der USA (Brenner 2003, S. 81). Es ist daher vordergründig, die Ursachen der Krise nur in den besonderen deutschen Bedingungen zu suchen; sie sind allgemeinerer Art. Gefährlich für den Kapitalismus wird sein eigener Erfolg, die (wenigstens partielle) Einlösung des Versprechens auf Wohlstand und sozialen Aufstieg, mit dem es in früheren Zeiten gelungen war, die Arbeiterschaft einzubinden und ihre Leistungsbereitschaft zu mobilisieren. Der Erfolg führt dazu, dass die für die kapitalistische Dynamik unentbehrlichen gesellschaftlichen Spannungen, Druck- und Zugkräfte erlahmen und die Menschen mehr in der Gegenwart statt in der Zukunft leben möchten.

Viele der Forderungen der neoliberalen Berater laufen darauf hinaus, den Film der kapitalistischen Entwicklung zurückzuspulen, die Bevölkerung künstlich auf einen Zustand der Armut zurückzudrängen, um sie danach wieder von vorn anfangen zu lassen. Die propagierte Zerschlagung des Sozialstaates soll die klassengesellschaftlichen Spannungen wieder aufladen und die Individuen - mitten in einer Welt nie erreichten Massenwohlstandes - mit Floskeln wie “Individualisierung”, “Unternehmertum” usw. in den sozialdarwinistischen Existenzkampf hineintreiben. Immer neue Pirouetten sollen sie drehen, um die Ansprüche der Eigentümer zu befriedigen. Doch die Ursache der Krise liegt nicht in

einem vermeintlich zu großzügigen Sozialstaat, sondern in einer Überakkumulation von Finanzvermögen, für die sich profitable Investititionsgelegenheiten beim besten Willen nicht mehr finden lassen. Mit der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums sinkt - dies hatte Keynes richtig gesehen - der gesellschaftliche Kurswert der Zukunft. Damit verliert Kapital seinen Knappheitswert und die Vorstellung der Kapitaleigentümer, sie hätten Anspruch auf einen “Ertrag”, ihre Grundlage. Nach wie vor stünde es zwar jedermann frei, aus seinem Einkommen zu sparen und das Ersparte später wieder auszugeben. Aber “.. his accumulation would not grow. He would simply be in the position of Pope’s father, who, when he retired from business, carried a chest of guineas with him to his villa in Twickenham and met his household expenses from it as required” (Keynes 1973, S. 221).

Daher ist auch gegenüber der sozialdemokratischen Illusion, die keynesianische Defizitfinanzierung könne die unternehmerischen Instinkte stimulieren und dem kapitalistischen Wachstum wieder auf die Sprünge helfen, Skepsis geboten. Was sich mit keynesianischen Methoden erreichen lässt, ist, wie Japan schon seit zehn Jahren vorführt, die Verhinderung eines kumulativen Abschwungs und deflationären Absturzes. Das jedoch ist nicht wenig. Die Wirtschaft wächst zwar nicht mehr, aber sie und die ganze Gesellschaft gewinnen Zeit, sich auf eine neue Lebensform und eine Verfassung umzustellen, in der sie nicht mehr wachsen und dem Goldenen Kalb nachjagen *muss.* Diese nicht nur für Japan, sondern für alle reifen Industrieländer wohl unvermeidliche Umstellung wird langwierig sein und harte soziale Konflikte provozieren. Aber sie bietet vielleicht auch Chancen, das Leben neu zu entdecken.

Literatur:

Brenner, R. (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg (Original: The Boom and the Bubble, New York 2002)

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) Hg. (2001): Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

Keynes, J.M. (1973): The General Theory of Employment, Interest and Money, London (First Edition 1936)

Kroll, G. (1958): Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin

Dr. Christoph Deutschmann, 1946 in Stuttgart geboren, ist seit 1989 Professor am soziologischen Seminar der Universität Tübingen.
Die vorstehende Veröffentlichung erschien im „Leviathan“ 3/03 und in gekürter Fassung in der Frankfurter Rundschau vom 02.12.03.
Mit Genehmigung des Autors erscheint der Text auf der Website der Welt der Arbeit.